IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 134 | 11. März 1921 | א' אדר שני תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Reise Sokolows nach Palästina.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." meldet: Am 9. März trifft Sokolow, Vorsitzender der Exekutive der zion. Weltorganisation in Paris ein, um sich nach Palästina zu begeben.

Die Krise in der Zion. Exekutive.

Entgegen den zahlreichen Meldungen und offiziösen Dementis, wonach Simon und De Lieme ihre Resignation zurückgezogen hätten — es hiess sogar erst unlängst, De Lieme würde nach seiner Rückkehr aus Palästina wieder täglich im Büro seinen Arbeiten obliegen — scheint es sich nun doch zu bestätigen, dass in der Zion. Exekutive eine ernste Krise ausgebrochen ist. Simon und De Lieme sollen auf ihrer Demission beharren, da ihrer Forderung, den Wiederaufbau Palästinas gemäss dem Standpunkte der amerikanischen Zionisten durch Privatinitiative zu bewerkstelligen, von Weizmann nicht nachgekommen wird. Weizmann sei entschieden gegen die grosse Reduzierung der Volksarbeit in Palästina und verlange, wenn er auch absolut nichts gegen die Verwertung der Privatinitiative habe, doch grösstmöglichste Entwicklung der korporativen Arbeit in Palästina. Gerade sein letzter Aufenthalt in Palästina hat Weizmann von der Richtigkeit der Auffassung der europäischen Zionisten überzeugt und in seinen verschiedenen Reden in Palästina nahm Weizmann, wenn auch verblümt, energisch Stellung gegen das amerikanische Prinzip. Auch Mond blieb von den Eindrücken in Palästina nicht unbeeinflusst und hat sich für die kulturellen Bedürfnisse eingesetzt, sodass die palästinensischen Zeitungen schreiben konnten: „die Luft Erez Israels macht weise." Das Verhalten der nach Palästina entsandten zion. Kommission wurde von Weizmann desavouiert (s. „J.P.Z." Nr. 131). Es darf also nicht Wunder nehmen, wenn die mit Simon und De Lieme geführten mehrwöchentlichen Verhandlungen zu keiner Einigung geführt haben. Durch die, wie es scheint, nunmehr feststehende Demission der erwähnten zwei Exekutiv-Mitglieder ist auch der in Nr. 133 der „J.P.Z." wiedergegebene Plan der Erweiterung der Exekutive durch Heranziehung einiger prominenter Persönlichkeiten, die den amerikan. Standpunkt vertreten, resp. ihm nicht ablehnend gegenüberstehen, vorerst hinfällig geworden. Es soll beschlossen worden sein, eine provisorische Leitung zu bilden, die bis zum Zusammentritt des zion. Kongresses, den man so rasch als möglich einberufen will, die Führung innehaben soll. Dieser provisorischen Exekutive sollen bis auf Simon und De Lieme die bisherigen Mitglieder der Exekutive angehören und ausserdem Jabotinsky, Joseph Cowen und Richard Lichtheim. Weizmann, der sich in Begleitung einiger prominenter zion. Führer im Laufe dieses Monats nach Amerika begibt, wird dort versuchen, die zion. Massen für die in Europa vorherrschenden und von der Exekutive gebilligten Ideen zu gewinnen. (Es machen sich in Amerika bereits gewisse Anzeichen bemerkbar, dass die grosse Masse auch dort mit der passiven Haltung der amerikanischen Führer in der Keren Hajessod-frage nicht einig geht. Siehe Chronik Amerika. „J.P.Z.") Auf jeden Fall ist es tragisch, dass in dem jetzigen historischen Moment, nicht nur nicht das ganze jüd. Volk, sondern selbst die zion. Führer unter sich uneinig sind, welche Uneinigkeit so weit geht, dass selbst oben erwähnte Aenderungen noch nicht feststehend sind und die aufeinanderfolgenden sich überstürzenden Berichte häufig einander widersprechen. Es wäre wahrlich höchste Zeit, dass auch die Juden, wenigstens für die erste Zeit des Wiederaufbaues Palästinas, eine union sacrée bilden.

Die Frage der ostgalizischen Flüchtlinge vor dem Völkerbund.

Der Pariser J.-Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet: Bezüglich der Klage, die Polen gegen Oesterreich in der Frage der Austreibung der ostgalizischen jüd. Flüchtlinge aus Wien eingebracht hatte, ist es zu einer gütlichen Verständigung zwischen Oesterreich und Polen gekommen, die der Völkerbundsrat bestätigt hat. Es wurde prinzipiell anerkannt, dass die Ausweisung Fremder eine innere Angelegenheit eines jeden Staates ist, in die man sich von aussen nicht einmischen kann. Es wurde aber neben der juristischen Seite vor allem die humanitäre betont und Oesterreich auf die Gebote der Humanität hingewiesen und ersucht, keine Ausweisungen in breitem Masstabe vorzunehmen. Oesterreich nahm auch die Verpflichtung auf sich, bei der Ausweisung human und unter voller Berücksichtigung individueller Fälle vorzugehen und vor allem diejenigen nicht auszuweisen, die für die österreichische Staatsbürgerschaft optiert haben, oder ihre Gesuche dafür eingebracht haben. Gesuche Kranker, älterer Personen, Studenten, Personen, die in nützlichen Berufen beschäftigt sind und endlich jener, deren Häuser und Besitztümer in Ostgalizien durch den Krieg oder dessen Folgen zerstört wurden, sollen besonders eingehend geprüft werden. Dies wurde von Oesterreich angenommen unter der Bedingung, dass auch Polen sich verpflichten würde, die Ausgewiesenen bei sich aufzunehmen und unterzubringen.

Studienkommission des American Jewish Relief Committee nach Europa.

Der Herausgeber der „J.P.Z." berichtet: Louis Marshall, Präsident des American Jewish Relief Committee gibt bekannt, dass das Komitee demnächst 25 prominente jüd. Finanzleute nach Zentral- und Osteuropa entsenden wird, um die Notlage der dortigen Juden zu studieren und Wiederaufbaupläne auszuarbeiten. Die Kommission soll sich in Europa 6 Wochen aufhalten und überall in den einzelnen Ländern sich mit der betreffenden Regierung in Verbindung setzen, um auf diese Weise die Lage gründlichst erforschen zu können. Der bekannte Chicagoer Millionär Julius Rosenwald, der erst kürzlich die Einladung

Baron Rothschilds, am Economic Council teilzunehmen, ablehnte, (s. „J.P.Z." Nr. 132) hat sich bereit erklärt, einem eventl. an ihn ergehenden Ruf, an der Reise teilzunehmen, Folge zu leisten, ebenso zahlreiche andere jüd. Millionäre, wie Colonel Herbert Lehman, Samuel Lampert (New York), Felix Fould (Newark), Jakob Bullikow (Philadelphia), Irving Lehman (Pittsburg), Charles Eisman (Cleveland), Fritz (Cincinnati), Jacob Newman (New-Orleans), Louis Hirstein (Boston) u. a. Das Jewish Relief Committee beschloss ebenfalls einen Fonds von 14 Millionen Dollars zu sammeln, die laut Marshall die minimalste Summe repräsentieren, die von den amerikanischen Juden für die Hilfsarbeit in Europa unbedingt aufgebracht werden müssen. Davon sollen 2,500,000 Dollars für die Wiederaufbauarbeit, 2 Mill. für die medizinische Hilfe, 1 Mill. für jüd. Flüchtlinge, 2,500,000 für Hilfe in Russland und der Ukraine, 3 Mill. für Kinder- und Waisenhilfe und 1 Million für religiöse und kulturelle Organisationen Verwendung finden, während 2 Millionen bestimmt sind, das vorjährige Defizit des Joint Distribution Committee zu decken.

Die Einwanderungsbeschränkung in Amerika.

Die Judenheit Amerikas, die sich solange in, wie es erst jetzt klar geworden ist, unbegründetem Optimismus gewiegt hatte, hat jetzt endlich den Ernst der Lage eingesehen. Die Tatsache, dass im vereinigten Komitee des Senates und des Repräsentantenhauses nur die zwei jüd. Kongressmitglieder gegen die drohende Einschränkung der Immigration auftraten, und dass der Senat mit allen gegen nur 2 Stimmen die Beschränkungen annahm, beweist, wie unberechtigt aller früherer Optimismus war, darauf fussend, dass die Johnson-Bill im Senats-Komitee wenig Anklang fand. Ganz speziell die in letzter Minute vorgenommene Reduzierung der Einwanderung von 5 Prozent auf 3 Prozent macht die jetzige Bill für die Juden fast noch strenger als die ursprüngliche Johnson-Bill, umsomehr, als die Volkszählung vom Jahre 1910 den Berechnungen zugrunde gelegt wird und nicht die von 1920, was noch den weiteren Nachteil hat, dass die Bestimmungen bez. der Verteilung auf die einzelnen Nationen sehr unklar werden, da die Karte Europas 1910 ganz anders ausschaute als jetzt und man erst durch schwierige Interpretationen wird feststellen müssen, laut welchem Schlüssel die Zahlen für die neuerstandenen Staaten in Osteuropa bestimmt werden sollen. Als einzige Hoffnung bleibt noch das Veto von Präsident Wilson, der bereits zweimal gegen Einwanderungsbeschränkungen Stellung genommen hat, obwohl es sicher ist, dass der Senat die Bill auch ein zweites Mal annehmen würde, wodurch das Veto des Präsidenten hinfällig würde. Eine günstigere Lösung würde eintreten, wenn der Präsident die Bill einfach unerledigt lassen würde, demzufolge bei der bald endenden Session das Gesetz nicht mehr in Kraft treten würde und in der neuen unter der neuen Präsidentenschaft Hardings beginnenden Session wiederum neu eingebracht werden müsste. Es wurde deshalb im ganzen Lande eine Kampagne unternommen, Wilson in zahllosen Telegrammen zu ersuchen, die Bill nicht zu unterzeichnen. Tatsächlich liegen uns bisher, soweit unsere brieflichen Nachrichten reichen, keine Meldungen über die Unterzeichnung der Bill durch Wilson vor und man kann das Inkrafttreten der Bill am 1. April noch nicht als feststehend betrachten. Inzwischen hat das Repräsentantenhaus eine Bill angenommen, wonach dem Staatsdepartement die Vollmacht erteilt wird, das Passystem weiter für unbegrenzte Zeit bestehen zu lassen, gegen die Stimmen der jüd. Kongressmitglieder, die das Ende der Beschränkungen mit 1. Januar 1922 festgesetzt sehen wollten.

Ein Beth Din Eljon (Oberster Rabbinats-Gerichthof) in Palästina.

Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." berichtet: Am 22. Febr. wurde die grosse Versammlung zur Ordnung der Oberrabbinatsfrage und des religiösen Appellationsgerichtshofes eröffnet. Bereits in früher Morgenstunde hatten sich die Rabbiner sämtlicher Gemeinden, Städte und Kolonien eingefunden. Oberrabbiner Kook begrüsste nach Aufsagen eines Psalms in einigen kurzen Worten den Oberkommissär, worauf Gerichtssekretär Norman Bentwich, der in der ersten Sitzung den Vorsitz führte, einen historischen Ueberblick über die Entwicklung des jüdischen Gesetzes und die Konstitution der rabbinischen Gerichte im Laufe der Jahrhunderte gab. Auch wir müssen, wie einst Nehemiah unser Synhedrion wieder aufbauen. Samuel hielt eine Rede, der historische Bedeutung zuzuschreiben ist. Er freue sich, an der Versammlung dieser Vertreter der jüd. Gemeinden teilzunehmen, denen eine verantwortungsvolle Aufgabe obliege, die Neunormierung ihrer inneren Angelegenheiten. Getreu den britischen Traditionen sollen die religiösen Gemeinden allein die Verantwortung für die Ordnung ihrer besonderen Angelegenheiten tragen. Neben den Wahlen harren wichtige Dinge der Erledigung. Das vom Gerichtssekretär ernannte Komitee schlägt einige Rechtsänderungen im Eherechte vor. Die jüd. Gemeinden hätten um Annullierung der Urteile der muselmanischen Gerichte in Fragen des jüd. Familienrechtes gebeten. Es sei wichtig, dass die Organisation des Beth Din (Gerichtshofes) und der Satzungen, nach denen er sich richten werde, in voller Einigkeit aller Juden vor sich gehe. Die Einsichtigen würden wohl die Notwendigkeit der Einführung gewisser Aenderungen bei Schaffung dieser Gerichte einsehen. Samuel schlägt die Bildung eines Achterrates als Appellationsinstanz vor, bei der man gegen die einzelnen rabbinischen Gerichte Berufung einlegen könne. Der bisherige Misrad Harabanuth habe sich von den durch das Joint gewährten Unterstützungen erhalten müssen, mit welchen Methoden aufgeräumt werden solle. Für die Erhaltung werde der Waad Hair Sorge zu tragen haben. Er bedauere, dass man das Oberrabbinat nicht einer Person übertragen könne und noch gezwungen sei, 2 Oberrabbiner zu ernennen, je einen für die Sephardim und die Aschkenasim. Er hoffe jedoch, dass der Tag nicht mehr ferne sei, wo es, wie einst, nur eine einzige Gemeinde im Judentum geben werde. Die Juden hätten seit jeher zu viel unter der Unduldsamkeit der anderen leiden müssen, um gegen einander unduldsam zu sein. Erez Israel und Jerusalem, denen in erster Reihe die Gefühle der 14 Millionen, in der ganzen Welt zerstreuten Juden entgegenschlagen, müssen auch hier vorangehen. Einigkeit und guter Wille in Erez Israel seien der erste Schritt zum Siege dieses Einigkeitsprinzips in allen Ansiedlungsgebieten unseres zerstreuten Volkes.

Bezirksverwalter Storrs führte in seiner Rede aus, dass das Christentum seine Dankbarkeit gegen die jüd. Religion wohl nie vergessen werde. Er hoffe, dass durch das Resultat der jetzigen Verhandlungen das Prophetenwort „denn aus Zion wird die Lehre kommen und das Wort Gottes aus Jerusalem" sich neu bewahrheiten werde. Norman Bentwich spricht sodann über die ausserordentliche Bedeutung des Gerichthofes, der die Zusammengehörigkeit der Gemeinde im höchsten Masse betonen soll, wie auch über die den Gemeinden aufzuerlegenden Steuern zur Erhaltung und Erstarkung des jetzt zu gründenden Gerichtshofes. Der Ehrensekretär des vorbereitenden Komitees, Kornfeld, referiert über die Motive, die die Regierung zur Einberufung der Konferenz bewogen haben. Es waren dies vor allem das unklare Verhältnis gegenüber dem letzten Chachambaschi, die Annullierung

der türkischen Verordnungen und die Notwendigkeit, gemäss den neuen Verhältnissen neue Normen hinsichtlich des Oberrabbinates zu erlassen und das Verlangen der Aschkenasim nach Beteiligung an der Bildung und den Arbeiten des Oberrabbinates. Das vorbereitende Komitee habe in 16 Sitzungen, zu denen Rabbiner wie auch Laien zugezogen waren, beschlossen, vorzuschlagen: Die Konferenz wählt 8 Rabbiner, 4 Sephardim und 4 Aschkenasim, mit 2 Präsidenten, die den Obersten Rabbinerrat bilden. Ausserdem wählt die Versammlung 3 Laienmitglieder, die mit beratender Stimme diesem Rabbinerrat beigegeben werden. Die Urteile der einzelnen Rabbinatsämter in den Provinzstädten und Kolonien werden den Kreisverwaltungen zur Durchführung übermittelt, ohne dass Approbierung durch den Rabbinerrat in Jerusalem notwendig wäre. Eine Appellationsinstanz wird von 6 Mitgliedern des Rabbinerrates gebildet. — Nach weiteren Begrüssungsansprachen wurden zu Präsidenten der Versammlung gewählt: die Rabbiner Jakob Meir, Kook und Fishman; Jellin und Norman Bentwich werden ihnen beigegeben. Auf der Abendsitzung erstattete Rabbi Kook ein mehr als einstündiges Referat über den Appellationsgerichtshof. Was die notwendigen Reformen anbelangt, so unterscheiden wir im Gesetz zwei Grundbestandteile, Gesetz und Verordnung (Tekanoth). Während die Gesetze unabänderlich seien, wussten unsere grossen Vorfahren seit jeher die Verordnungen den Zeitbedürfnissen anzupassen und auch in unserem jetzigen nationalen Leben werde sich mehr als einmal die Notwendigkeit ergeben, solche Aenderungen vorzunehmen.

(Ueber die weiteren Sitzungen stehen ausführliche Berichte noch aus. Laut den vorliegenden Telegrammen wurden Rabbi Meir und Kook zu Präsidenten des Obersten Rabbinerrates gewählt. Die Konferenz nahm auch eine Protestresolution gegen die Grenzverstümmelung Palästinas an, sowie eine Dankresolution an die Zion. Org. für ihre politische Tätigkeit. Die Dringlichkeit einer energischen Propaganda für den Keren Hajessod wurde betont.)

— Die Rabbiner Sonnenfeld und Diskin haben durch einen öffentlichen Anschlag die Beteiligung am Rabbinerkongress verboten und sie zur schweren Sünde gestempelt. Sie versuchten Rabbiner Kook zu bewegen, ebenfalls von einer Beteiligung abzusehen, mit der Motivierung, dass der Kongress geeignet sei, der Religion Schaden zuzufügen. Kook wies diese Behauptung zurück, indem er betonte, Sonnenfeld und Diskin würden sich von politischen und nicht religiösen Gefühlen leiten lassen. Um ihrem Protest mehr Wirkung zu verleihen, setzten Sonnenfeld und Diskin für den 13. Adar 1 einen Fasttag fest, wobei beschlossen wurde, dass sie persönlich den Oberkommissär von der Festsetzung dieses Fasttages Kenntnis geben sollen, um ihm den Beweis zu bringen, wie sehr die Orthodoxen gegen diese Rabbinerzusammenkunft seien. Gegen diese Festsetzung des Fasttages wird in einer Reihe von Anschlägen scharf Stellung genommen, wobei auch darauf hingewiesen wird, dass am 13. Adar 1 nach religiösen Vorschriften kein Fasttag angesetzt werden dürfe. Wer dies tue, sei selbst ein Reformer. Kook wandte sich des weiteren in einem offenen Briefe an Diskin und Sonnenfeld, worin er die ihm zugefügten Beleidigungen vergessen zu wollen erklärt und sie ersucht, in diesem entscheidenden Momente des Aufbaues des jüd. Rechtes, alle Zwistigkeiten zu lassen und einheitlich vorzugehen.

— Zugleich mit der Rabbinerkonferenz tagte unter Vorsitz von Hugo Bergmann eine grosse Volksversammlung mit der Tagesordnung „Ordnung des Familienrechtes und das Recht der Frauen“, worin die Forderung nach voller Gleichberechtigung der Frauen erhoben wurde, die bereits auch bei Einberufung der Delegiertenversammlung und den Wahlen zum Waad Leumi anerkannt worden sei. Diese Fragen mögen also nicht in die ausschliessliche Kompetenz des religiösen Gerichtes fallen, sondern an ein mit Exekutivgewalt ausgestattetes Laiengericht für die Fälle, wo eine Partei sich nicht dem Urteile des religiösen Gerichtes unterwerfen wolle. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Protesttelegramme des Haifaer arabischen Kongresses.

Wie die arabischen Zeitungen berichten, hat das Exekutivkomitee des arabischen Palästinakongresses in Haifa mit Samuel eine Besprechung abgehalten, auf der Samuel erklärte, dass er erst dann über die einzelnen Fragen debattieren werde, wenn vorgängig die britische Oberhoheit und die Balfourdeklaration anerkennt werden. Das Exekutivkomitee weigerte sich kategorisch die Balfourdeklaration anzuerkennen, während die Frage der Oberhoheit nicht in seine Kompetenz falle, sondern ausschliesslich in die des Völkerbundes. Die Gründung eines jüd. Nationalheims in Palästina werde von ihnen nie anerkannt werden, selbst wenn dies der Völkerbund und alle Regierungen Europas beschliessen würden. Das Exekutivkomitee sandte sodann 2 Protesttelegramme ab, eines an die englische Regierung, worin Beschwerde erhoben wird gegen das Vorgehen des Oberkommissärs, der zum Zionismus neige, und dessen Organisationen und Forderungen anerkenne und durchführe, unter gleichzeitigem Protest gegen die Anleihe, die er für den Wiederaufbau Palästinas aufzunehmen gedenke, wobei er ausschliesslich um den Vorteil der Zionisten besorgt sei und dem ganzen Lande eine schwere Last auferlege. Das zweite Telegramm wurde an den Völkerbund gesandt, mit der Forderung die Versprechungen bezüglich der kleinen Völker zu erfüllen.

Chronik.

Polen.

— Das Palästinaamt in Warschau erhielt die Verständigung, dass das italienische Konsulat, infolge der unter den Emigranten ausgebrochenen epidemischen Krankheiten, die Erteilung der Transit-Visa durch Italien für die Dauer von 6 Wochen eingestellt habe. Gleichzeitig wurden Triest, wie auch alle anderen italienischen Häfen, für die Emigranten gesperrt. Die Palästina-Einwanderung aus Polen muss daher, da ihr derzeit ausschliesslich der Weg über Italien offen steht, für die Dauer von 6 Wochen eingestellt werden. Diejenigen Emigranten, die bereits italienische Visa besitzen, können ihre Reise antreten, müssen sich jedoch auf der italienischen Grenze in Tarvis einer Desinfektion unterziehen.

— Das amerikanische Konsulat in Warschau hat infolge der geplanten Einwanderungsbeschränkungen in Amerika in letzter Zeit die Erteilung von Passvisa fast gänzlich eingestellt. Nur Emigranten, die zu ihren Eltern fahren, erhalten Visa, während diese allen anderen, selbst wenn es sich um Reisen zu Brüdern und Schwestern handelt, vorderhand verweigert werden. Zahlreiche jüd. Emigranten sind dadurch in grosse Not geraten, da sie nach Erhalt der Affidavits und Schiffskarten durch ihre Verwandten ihren Hausstand bereits aufgelöst hatten und durch die ihnen unverhofft aufgelegte Wartefrist in Warschau die ihnen zur Verfügung stehenden geringen Mittel aufbrauchen.

— Auf Grund der erst Ende Februar vom Krakauer „Naprzod“ gebrachten Mitteilungen über die von General Balachowicz verübten Grausamkeiten, hat der Klub der sozialistischen Abgeordneten eine Interpellation eingereicht, worin die strengste gerichtliche Bestrafung Balachowicz’ gefordert wird.

— Wie „Nasz Kurjer“ erfährt, soll die vom Kultusministerium ausgearbeitete neue Wahlordnung für die

jüd. Gemeinden dieser Tage in einer der nächsten Nummern des Amtsblattes „Monitor Polski“ veröffentlicht werden.

— Vom 11. bis 24. Febr. fand in den erst unlängst mit Oeffentlichkeitsrecht ausgestatteten jüd. Gymnasien in Lemberg die erste Reifeprüfung statt.

— Das Amtsblatt für Kleinpolen „Gazeta Lwowska“ vom 29. Febr. teilt das Verbot des „Miklath“ für das Gebiet Kleinpolens mit. Nachdem die meisten politischen jüd. Zeitungen des Auslandes, bereits in Kleinpolen verboten sind, scheint man jetzt auch mit dem Verbot der rein wissenschaftlich-literarischen Journale beginnen zu wollen.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Nach Meldungen der jüd. Zeitungen Wilnas fand dieser Tage eine Konferenz der Vertreter der jüd. Parteien mit den polnischen Demokraten und Sozialisten statt zwecks Anknüpfung besserer Beziehungen zwischen der jüd. und polnischen Bevölkerung. Auf Grund dieser Besprechungen erfolgte die Gründung einer Gesellschaft, der neben Juden und Polen auch Litauer und Weissrussen angehören sollen und die sich um die Förderung der gegenseitigen Beziehungen bemühen soll. An der Beratung haben von jüd. Seite Dr. Schabad, Dr. Wygodzki, Dr. Globus, Pludermacher, Adv. Gordon u. a. teilgenommen.

Litauen.

— Die Presseabteilung beim Ministerium für jüd. Angelegenheiten ersucht uns um Dementierung einer vom Warschauer „Moment“ gebrachten Meldung (von der „J.P.Z.“ nicht wiedergegeben). Es sei absolut unwahr, dass in Kowno eine Revolution ausgebrochen sei. Minister Soloweitschik habe keineswegs auf einer Sitzung des Jüd. Nationalrates einen Bericht über seine Reise nach London, Paris und Rom erstattet, nachdem er dorthin keineswegs vom Nationalrat delegiert war, sondern nur als Mitglied der Sejmdelegation. Falsch und tendenziös sei auch die Meldung, dass auf der erwähnten Versammlung des Nationalrates gegen antisemitische Exzesse der Bauern und Vertreibung der Juden aus den Dörfern protestiert worden sei. Tatsächlich beklagte man sich nur über gewisse Schwierigkeiten, die den Juden auf wirtschaftlichem Gebiete von den Lokalbehörden in den Weg gelegt werden, wobei die Organe der jüd. Autonomie aufgefordert wurden, eine Benachteiligung der Juden in ihren Rechten zu verhüten. Die Nachricht, dass Dr. Rachmielewitz mit Berliner Finanziers Verhandlungen bez. einer Anleihe für den Jüd. Nationalrat geführt habe, sei falsch, und es sei unbegreiflich, woher diese Nachricht stammen könne. Alle Zeitungen, die die falsche Meldung brachten, werden um Abdruck dieses Dementis ersucht.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Der ordentliche Delegiertentag der tschechoslovakischen Zionisten wurde für den 27. und 28. März nach B r ü n n einberufen. Während der gleichen Tage findet, ebenfalls in Brünn, eine Vorkonferenz der Hapoel Hazair-Zeire Zion der Tschecho-Slovakei statt.

— Die Verhandlungen der Kolonialbank A.-G. (s. „J.P.Z.“ Nr. 117) mit Delegierten aus Holland haben, wie die Pressburger „Jüd. Volkszeitung“ berichtet, ein günstiges Resultat ergeben; eine grosse Beteiligung holländischer Finanziers dürfte in kürzester Zeit erfolgen. Auch in Wien sollen demnächst wichtige Verhandlungen zum Abschluss gelangen. Ein der Gruppe Mendelssohn-Bleichröder angehörendes Finanzinstitut hat eine Beteiligung mit 2 Millionen Mark zugesagt.

— Oberrabbiner W e i s s (Malaczka), ein Schüler der Pressburger Jeschiba, hat infolge seiner Notlage Selbstmord verübt.

Rumänien.

— Im Laufe des März soll in Rumänien ein Kongress aller jüd. Studenten Grossrumäniens stattfinden.

— Der bekannte rumänische Millionär, Aron S c h u l l e r, hat laut rumänischen Zeitungen anlässlich der Bar Mitzwa seines Sohnes gegen 3½ Millionen Lei für wohltätige Zwecke gespendet.

Oesterreich.

— Wie die „Jüd. Presse“ mitteilt, hat die engl. Passtelle in Wien der Aguda-Zentrale mitgeteilt, dass sie fortan auch den von der Aguda-Zentrale empfohlenen Palästina-Emigranten das Visum erteilt.

— Am 11., 12. und 13. März findet in Wien ein Antisemitenkongress statt. Am ersten Tage wird nach den Berichten der ausländischen Vertreter aus Deutschland, Ungarn, der Tschecho-Slovakei und Polen über den Stand der Judenfrage in ihren Ländern die Hochschul-, Mittelschul- und Pflichtschulfrage erörtert werden. Am zweiten Tage wird über den Einfluss des Judentums auf das Kulturleben, die Politik und das Wirtschaftsleben gesprochen werden, am dritten Tage über den Einfluss des Judentums auf Kunst, Literatur und Presse. Mit einer antisemitischen Massenversammlung findet die Tagung ihren Abschluss. Auf dieser Tagung wird ein grosser internationaler Kongress vorbereitet, der im Herbst, gleichfalls in Wien, stattfinden soll und zu dem auch Vertreter des fernen Auslandes eingeladen werden.

— Die neuerlich in Amerika von der „Intercollegiate Students Organisation Menorah“ eingeleitete Sammlung für einen Unterstützungsfonds zu Gunsten der Studenten Mitteleuropas, die auch weiterhin fortgesetzt wird, hat bereits befriedigende Resultate ergeben. Dank den Bemühungen des Regionaldirektors W e c h s l e r, werden in Wien, Prag, Budapest wie auch in anderen in Betracht kommenden Städten Verteilungskomitees gebildet, die sich aus Vertretern der Professoren, Studenten und Jointmitglieder zusammensetzen. Von den zur Verfügung stehenden Sammlungen, entfallen 3/6 auf Wien, 2/6 auf die Tschecho-Slovakei und 1/6 auf Budapest.

Deutschland.

— Der Vorsitzende der Zion. Vereinigung für Deustchland, Dr. K l e e, hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt, da er in grundlegenden zion. Fragen mit dem Geschäftsführenden Ausschuss, dessen weiteres Mitglied er jedoch bleibt, nicht einig geht.

— R. - In Berlin ist der Generalsekretär des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, Fritz Mordechai K a u f m a n n, auf tragische Weise aus dem Leben geschieden. Sein Tod ist ein gewaltiger Verlust für die jüdische Arbeit, insbesondere für das gesamte ostjüdische Hilfswerk. Kaufmann hat das Arbeiterfürsorgeamt mit seinen Zweigstellen als vorbildliches Institut aufgebaut und geleitet. Die ostjüdischen Flüchtlinge verlieren in Kaufmann, der seit Jahren in Wort und Schrift für die jiddische Kultur eintrat und der Oeffentlichkeit besonders durch die Herausgabe der Zeitschrift „Die Freistatt“ (1913-14) und durch seine Publikationen über das ostjüdische Volkslied bekannt ist, einen warmen Freund und unermüdlich tätigen Helfer.

— R. - Professor Otto W a r b u r g ist von seiner Reise nach Palästina zurückgekehrt und in Berlin eingetroffen.

B e r l i n - R - Vergangene Woche war Berlin der Schauplatz wüster antisemitischer Kundgebungen. Deutschnationale Demonstranten zogen die stark von Juden bewohnte Strasse Kurfürstendamm hinunter und überfielen die jüdisch aussehenden Passanten mit Stöcken und Knütteln. Die Polizei sah anfangs untätig zu. Als jedoch die Ausschreitungen grösseren Unfang anzunehmen drohten und die Demonstranten ein Kaffeehaus stürmten, das geschlossen werden musste, griff die Polizei ein; es gelang ihr jedoch erst nach Herbeiholung von Verstärkungen, den Szenen ein Ende zu machen und die Hakenkreuz-Ritter zu zerstreuen. Sechs Personen wurden verhaftet.

In Berlin wurde eine neue politische Partei unter dem Vorsitz des berüchtigten, antisemitischen Journalisten Richard Kunze gegründet. Die Partei führt den Namen „Deutsch-soziale Partei“ und hat als wichtigsten Programmpunkt „die Vernichtung der jüdischen Vorherrschaft in Deutschland.“

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in welcher unter Bezugnahme auf den im Sommer gefassten Beschluss des Reichstags die Regierung aufgefordert wird, Ziffern anzugeben, wievielen Ostjuden die Einwanderung verweigert, wieviele abgeschoben und wieviele interniert worden sind. In der Interpellation wird auf das Vorbild Oesterreichs

hingewiesen, das die Ausweisung der Ostjuden trotz dem Einspruch Polens beim Völkerbund aufrechterhält.

Frankreich.

— Lazarus Cohen, Sekretär der engl. Misrachi und Leo Vos, Sekretär des Misrachi-Zentralbüros, weilen in Frankreich, um die Mithilfe der orthodoxen Kreise Frankreichs für den Wiederaufbau Palästinas zu gewinnen. Verschiedene Konferenzen wurden in Paris abgehalten und es wurde beschlossen, zusammen mit dem Keren Hajessod zu arbeiten unter der Bedingung, dass die Verhandlungen zwischen dem Misrachi und dem Direktorium des Keren Hajessod zu einem befriedigenden Abschluss gelangen. Mit den Vorarbeiten der Propaganda auf breiter Basis wurde bereits begonnen.

Paris 7. März 21. - J - Der Generalsekretär des Komitees der Jüd. Delegationen, Motzkin, ist von seiner Reise aus England zurückgekehrt.

Der Leiter der jüdischen Emigrations- und Hilfsstelle des Joint Distribution Committee in Konstantinopel, Dr. Snowie Temkin ist zu Verhandlungen mit dem Joint und den andern Hilfsorganisationen in Paris eingetroffen. Er wird sich von hier aus nach London begeben.

Dr. Berger aus Wilna weilte dieser Tage in Paris, von wo er sich nach London begeben hat, um bez. der Aufrechterhaltung der jüd. Kulturinstitution Wilnas mit den Vertretern der jüd. Hilfsorganisationen zu konferieren.

England.

Offizielle Veröffentlichung des Palästinamandates.

Das englische Aussenministerium hat am 5. März den Text der Mandate über Mesopotamien und Palästina offiziell veröffentlicht Der Wortlaut deckt sich mit der bereits bekannten von „Jewish Chronicle" vorgenommenen Veröffentlichung.

— Auf eine Anfrage von Ormsby Gore erklärte Lloyd George, dass ab 1. März die Mandatsgebiete Mesopotamien und Palästina, wie auch alle arabischen in die englische Einflusszone fallenden Gebiete dem Kolonialministerium unterstehen, während Aegypten, Sudan und Hedschas weiterhin unter das Aussenministerium fallen.

— Der neu ernannte englische Kolonialminister, Churchill, dem auch die englischen Mandatsgebiete unterstehen, sollte auf seiner demnächst stattfindenden Studienreise auch Palästina besuchen. Es verlautete, dass auch die Bestätigung des Mandates durch den Völkerbundsrat bis zur Rückkehr Churchills verschoben wurde, um die Ergebnisse seiner Informationsreise abzuwarten. Wie Reuter nun mitteilt, wird es Churchill infolge Zeitmangels nicht mehr möglich sein, sich auch nach Palästina zu begeben; Herbert Samuel wird deshalb mit Churchill in Aegypten zusammentrefffen, zwecks wichtiger Besprechungen bez. der Entwicklung Palästinas.

— Im Unterhause wurde an den Kolonialminister eine Anfrage gestellt, bez. der Aufgaben der jüd. Delegiertenversammlung in Palästina, wie auch, ob diese offiziell anerkannt sei und zusammen mit dem Advisory Council arbeite. Der Vertreter des Kolonialministers erklärte, die Delegiertenversammlung habe sich nur um die inneren Angelegenheiten der Juden in Palästina zu kümmern und sei von der Regierung unter der Bedingung anerkannt worden, dass sie die Bestimmungen des Mandates anerkenne und ihnen entspreche und auch weiterhin ihren repräsentativen Charakter als Bevollmächtigte der Majorität der jüd. Bevölkerung beibehalte. Sie arbeite nicht zusammen mit dem Advisory Council.

— Vor der Abreise nach Amerika nimmt Weizmann noch an mehreren zion. Beratungen und Versammlungen teil. So findet am 10. März eine Sondersitzung der Exekutive der englischen Zionisten und am 12. u. 13. eine Konferenz der Vertreter aller der Föderation angehörenden Vereinigungen statt, in der Weizmann über das Mandat und den gegenwärtigen Stand der zion. Bewegung referieren wird. Am 14. findet sodann in der Great Assembly Hall eine grosse Versammlung statt, auf der Mond und Weizmann sprechen werden.

— Stuart Samuel und Baron James Rothschild sollen sich demnächst nach Palästina begeben.

— Laut „Jewish Chronicle" wurde Sir Haycraft zum Oberrichter von Palästina ernannt.

— Am 2. März hielt Leo Motzkin, Generalsekretär des Komitees der Jüd. Delegationen, in London einen stark besuchten Vortrag über die Bedeutung des Völkerbundes für die Juden, in dem er darauf hinwies, wie sehr der Völkerbund geeignet sei, zum Schutze der unterdrückten, kleinen Nationen zu wirken.

Griechenland.

— Nach zahlreichen Konferenzen mit interessierten Kreisen bezüglich des niedergebrannten Viertels in Saloniki, hat Minister Gounaris nach einer Besprechung mit den Präfekten und den Abgeordneten Mallah und Modliano bez. des erzielten Resultates folgendes Resümé gezogen: Das Gesetz bezüglich der Expropriationen im niedergebrannten Viertel ist erloschen. Das Viertel soll in einzelne Sektoren, gemäss ihrer Lage und Bedeutung eingeteilt werden. Eine gewisse Zahl von Besitzern wird sodann das Terrain dieser Sektoren unter sich aufteilen, entsprechend dem Werte des früheren Besitztums. Jeder Besitzer wird den Wiederaufbau laut seinen Bedürfnissen und Mitteln vornehmen können. So endet, schreibt der „Israel" einer der traurigsten Abschnitte des jüd. Lebens in Saloniki.

Amerika.

— Das provisorische Kongress-Komitee teilt mit, dass auf der für den 20. März nach New York einberufenen Vorkonferenz vor allem folgende Punkte zu behandeln sein werden: 1) Die Form der neuen Wahlen für die Delegierten. 2) Zeit der Wahlen. 3) Zeit des Zusammentrittes des Kongresses. 4) Programm des Kongresses. Im Zusammenhange mit Punkt 4, werden selbstverständlich auch alle jene brennenden Fragen betreffs der jüd. Lage berührt werden, die den jüd. Kongress zur unbedingten Notwendigkeit machen. Man erwartet, dass an dieser Vorkonferenz, die von allergrösster Wichtigkeit sein wird, die verschiedensten aktiven jüd. Elemente vertreten sein werden.

— Auf einer Konferenz der Zionisten von Connecticut wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Londoner Beschlüsse bezüglich des Keren Hajessod und auf die in zahlreichen Ländern bereits eingesetzte Sammlung für diesen Fonds, sich zu verpflichten, mit aller Energie für den Keren Hajessod einzutreten und falls die nationale Exekutive Amerikas diese so notwendige Arbeit noch weiter hinausschieben sollte, aus eigener Initiative mit der Sammlung im Staate Connecticut zu beginnen. Alle anderen zion. Distrikte werden ersucht, ehestens ähnliche Resolutionen zu fassen.

Dieser hochwichtige Beschluss der Exekutive des Regionalverbandes von Connecticut wird von den jüd. Zeitungen Amerikas als Zeichen der ersten Auflehnung gegen die Sabotierung des Keren Hajessod durch die Zionistenführer in Amerika sehr hoch bewertet und es wird die Hoffnung ausgedrückt, dass es Weizmann und den anderen führenden Zionisten Europas, die demnächst in Amerika erwartet werden, gelingen werde, auch die amerikanischen jüd. Volksmassen für die grösstmögliche Unterstützung des Keren Hajessod, so wie er in London beschlossen und von den europäischen Zionisten durchgeführt wird, zu gewinnen. Auch die Zeire Zion haben auf einem Meeting in New York die zion. Exekutive in Amerika wegen Vernachlässigung des Keren Hajessod scharf kritisiert und beschlossen, eine energische Tätigkeit für den

Keren Hajessod zu beginnen. Der bekannte Journalist Shelwin schlug vor, das Londoner Büro möge in Amerika ein besonderes Zweigbüro eröffnen, das sich ausschliesslich der Tätigkeit für den Keren Hajessod zu widmen hätte.

— Das Assembly Committee hat mit 6 gegen 4 Stimmen die Sabbath-Bill Dicksteins (s. „J.P.Z." Nr. 129) verworfen, sodass sie vor das Plenum überhaupt nicht mehr gelangt.

— Von verschiedenen Zeitungen war s. Zt. gemeldet worden, dass das Staatsdepartement dem bekannten jüd. Schachmeister, Dr. Lasker, die Einreiseerlaubnis verweigert habe. Der Manhattan Schachklub hat nun am 8. Febr. vom Staatssekretär Colby die Verständigung erhalten, dass das Gesuch neuerlich behandelt worden sei und der amerikanische Konsul in Berlin den Auftrag erhalten habe, Lasker das Visum zu erteilen.

Erez Israel — Palästina.

Kassierung des Urteils gegen Jabotinsky.

Auf Grund des s. Zt. von Jabotinsky und seinen 19 verurteilten Genossen überreichten Appellationsgesuches, hat das englische Kriegsministerium sich mit einer Reihe Rechtssachverständiger beraten. Nach dem jetzt eingelaufenen Bericht des Kriegsministeriums, hat der Oberkommandierende in Aegypten den ganzen Prozess von April 1920 bis auf folgende 3 Punkte annulliert: Schuldüberführung Jabotinskys, entgegen der Verlautbarung vom 21. April 1920 ein Gewehr besessen zu haben, Ueberführung des Molco den Mustafa Asousi verwundet zu haben, gemäss § 179 des türkischen Strafgesetzes und Ueberführung des Molco, eine Waffe besessen zu haben, in böser Absicht gegen eine oder mehrere Personen, gemäss § 58 des türkischen Strafgesetzes.

Die Einbürgerung in Palästina.

Der Waad Hazirim erliess einen Aufruf an alle Juden, die seit dem 1. Sept. 1920 nach Palästina eingewandert sind, sich ehestens um die Einbürgerung zu bewerben. In Kürze soll ein Gesetz in Kraft treten, das ihnen die Möglichkeit gibt, das palästinensische Bürgerrecht zu erwerben. Alle neu Eingewanderten mögen sich also beeilen, sich in den Immigrations- und Reise-Aemtern der Regierung in Jerusalem, Jaffa und Haifa eintragen zu lassen, zwecks Erlangung des ersten Einbürgerungs-Zertifikates. Dieser Schritt sei von grosser Wichtigkeit, da er dokumentiere, dass der Einwanderer seine frühere Staatsangehörigkeit aufgeben und das palästinensische Bürgerrecht erwerben wolle. Durch diese Registrierung und das daraufhin erteilte Zertifikat werden die Einwanderer als Söhne ihres neuen Vaterlandes und nicht mehr als Fremde, die in diesem Lande noch nicht fest Wurzel gefasst haben, legitimiert. Es sei also Pflicht des Einzelnen gegenüber der Nation, der Regierung und gegen sich selbst, ehestens unter Beibringung von 2 Photographien um das erwähnte Zeugnis einzukommen.

— Die offiziellen Vertreter der Ica in Palästina, Kalvarisky und Rosenhak, haben eine Inspizierungsreise durch alle jüd. Kolonien und landwirtschaftlichen Gruppen von Rosch Pina bis Metullah unternommen. Den Gruppen wurde die Versorgung mit landwirtschaftlichen Geräten und Bauten zugesagt.

— In den nächsten Tagen soll der Bau der Eisenbahn Ras-el-Ein-Petach-Tikwah in Angriff genommen werden.

— Im Waad Hair von Jaffa hat eine wichtige Sitzung in der Frage der Gemeindeorganisation und der Neuwahlen für den Waad Hair stattgefunden. In den Oster-Zwischenfeiertagen sollen die Neuwahlen stattfinden, damit diejenigen Gewählten, die bisher sich von den Beratungen absentierten, an den Arbeiten teilnehmen können.

— Der Vertreter des Joint, de Sola Pool, teilt mit, dass der Joint infolge Mangels an Mitteln in diesem Jahre keine Mazzothverteilung in Palästina werde vornehmen können.

— Die Gesellschaft zur wirtschaftlichen Erforschung Palästinas erteilt wirtschaftliche Auskünfte jeder Art über Palästina. Die Adresse lautet: Ing. Novomiejsky, c/o „Siberia" Palestine Central Bureau of Information, Jaffa-Tel-Awiw P.O.B. 13.

— Eine Gruppe in Landwirtschaft erfahrener junger Chaluzim hat sich auf einer Farm in Kanaan niedergelassen, die vor einigen Jahren durch Jaffaer Juden gegründet wurde. Es werden dort Versuche mit Tabakkulturen gemacht, auf welchem Gebiet die Chaluzim in Russland Erfahrungen gesammelt haben.

— In den letzten drei Monaten wandten sich 351 Immigranten an das Büro des Jung-Misrachi, von denen 61 bei Bau- und Telephonarbeiten, wie auch in Tischlereien und Druckereien untergebracht wurden. 54 Immigranten haben Darlehen erhalten und zahlreichen unter ihnen wurde Unterstützung und medizinische Hilfe gewährt 45 Gesuche von Chaluzim, die Beschäftigung bei den Telephonarbeiten suchen, wurden an die Postdirektion geleitet. Das Zentralbüro verhandelte in letzter Zeit mit verschiedenen Ingenieuren zwecks Aufnahme jüd. Arbeiter.

— Unter Leitung von Wilkansky wurde vom Waad Hazirim eine landwirtschaftliche Versuchsabteilung errichtet, der drei Versuchsfelder von je 300 Dunam zur Verfügung gestellt wurden.

— Wie der „Haaretz" vernimmt, soll die Frage der palästinensisch n Münzen demnächst ihre Lösung finden. Rafaeli empfing ein Dankschreiben für die der Zion. Exekutive in dieser Frage überreichte Denkschrift.

— Laut dem „Haaretz" beabsichtigt der Stybel-Verlag in Palästina eine Filiale zu errichten.

— Der „Haaretz" vom 18. Febr. veröffentlicht eine Reihe von Artikeln über die Bedeutung des Nationalfonds von Oberrabbiner Kook, Ussischkin, Prof. Warburg, Dr. Klausner, Ettinger, Hugo Bergmann, Jellin, Glücksohn u. A.

— Als Vertreter des nach Amerika abgereisten Dr. Mossinsohn, wurde Dr. Bogrochow zum Leiter des Herzlgymnasiums in Jaffa ernannt; Rosenstein wurde Vizedirektor.

— Rabbi Abraham Danon wurde zum Leiter des hebräischen Departements im Lehrerkollegium der Alliance Israélite ernannt

— A. Aaronson, einer der Leiter der Hassolel-Verlagsgesellschaft ist am 17. Febr. in Angelegenheiten der Verlagsgesellschaft für einige Monate nach Aegypten, Europa und Amerika verreist.



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse),

die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der

Schweiz. Generalagentur

Kaiser & Cie., Basel

Comptoir d'Escompte de Genève

Genf, Lausanne, Zürich, Freiburg, Basel

Aktienkapital und Reserven Fr. 60,000,000.—

Die führende Handelsbank der welschen Schweiz

Erstklassige Beziehungen mit

Kontinent und Uebersee

Jede gewünschte Auskunft an Interessenten erteilt bereitwilligst

Die Direktion in **Basel.**



Hotel zum Storchen

Fein bürgerliches Haus

20 Billards .-· Orchester

Schuhhaus z. Siegfried

Inh. Sigmund Dreyfuss

Eisengasse 17 Basel

Solide und elegante

Schuhwaren

Stets Eingang v. Neuheiten

Inserieren bringt Frfolg!!!

Schweizerische Volksbank

BASEL

empfiehlt sich für alle Bankgeschäfte

Eier-Cognac SENGLET

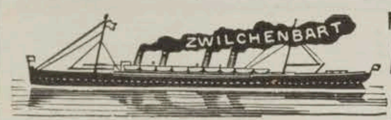
ist absolut rein

und wird vom Arzt empfohlen!

Ueberall vorrätig

in feinen Restaurants, Lebensmittel- u. Droguen-Geschäften und Apotheken

---



Zwilchenbart A.-G.

BASEL

Auswanderung

nach überseeischen Ländern über alle größeren Seehäfen

Reiche Auswahl in Verlobungsgeschenken

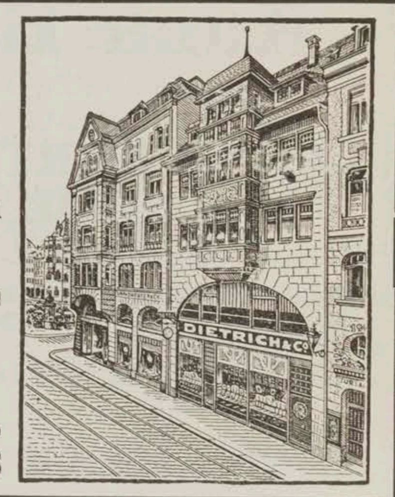
Feine Brillantringe Siegelringe, Collierhänger, Broschen Ketten, Silbertaschen Stein-Colliers, Cigarettenétuis.

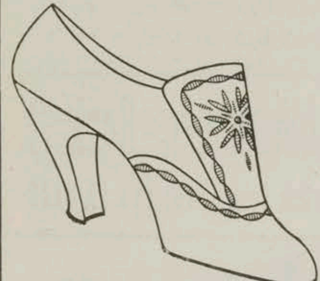
Speziallager in Uhren

Longines Omega, Zenith.

Dietrich & Co.

Basel, Gerbergasse 3





Moderne Schuhe

für jeden Zweck

Schuhhaus W. Jonas, Basel

Gerbergasse 27/29 Tel. 945

HUT- u. HERRENMODEMAGAZINE

JOS. KALLER

GERBERGASSE 48 BASEL

Dr. Neefe, Eichele & Schlichtholz

Institut Minerva

Basel

Maturitäts- u. Hochschulvorbereitung

Basel, Eisengasse 17

Fördert die gemeinnützigen Institutionen im heiligen Lande!

Spendet für das Schweizerische Komitee für Erez Jisroel!

Postcheck-Konto Basel V 708

Bahnhof Restaurant

Grill Room

Zürich-Hauptbahnhof

INHABER: FRANZ MELI-FIGI

Vegetarisches Restaurant

ZÜRICH :-: SIHLSTRASSE 26-28

Vorzügliche Speisen u. Erfrischungen zu jeder Tageszeit

Das allgemein jüdische Krankenhaus bittet für seine Kranken Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen

„Schaare-Zedek" zu Jerusalem Organisation rein europäisch — Isolierhäuser für Ansteckende — **Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern**

Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096

Crowe & Co. Aktiengesellschaft

Internationale Transporte

in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como

empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

Auswanderung

nach überseeischen Ländern

mit allen Schiffslinien übernimmt die pat. Hauptagentur

Meiss & Co. A.-G., Reisebueau Zürich, Bahnhofstr. 40

Gewissenhafte Bedienung

Gegründet 1893. — Ausführliche Auskunft unentgeltlich



BAUER'S Café Restaurant BÄREN

Limmatquai, Zürich

Parterre und I. Stock

Spezialität lebende Fische u. Geflügel

ORIENT-CINEMA

Haus Du Pont - Vom 9. bis 15. März 1921

Anna Boleyn

Der grösste Monumentalfilm, der je hergestellt wurde.

IN DEN HAUPTROLLEN

HENNY PORTEN

u. EMIL JANNINGS

Regie: Ernst Lubitsch

Beachten Sie

bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont

Central-Theater
Weinbergstrasse 13

Eden-Lichtspiele
Rennweg

Roland-Kino
Langstrasse

GRAND CINEMA LICHTBÜHNE

Tel. Selnau 5948 - BADENERSTR 18 - Eigene Hauskapelle

6 AKTE NEU! — Vom 9 März bis 15 März 1921 Erstaufführung! — 6 AKTE NEU!

Grandioses Abenteuer- u. Detektiv-Roman in 2 Abt.-12 Akten

BUFFALO und BILL

mit dem berühmten italien. Herkules „Samson"

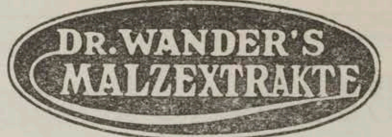
LUCIANO ALBERTINI

I. Abteilung: **Die Abenteuerin** und **Der Todesflug**

3 AKTE. Erstaufführung! Neu!

Lya Ley in Die Liebesgesellschaft M.B.H.

Arznei und Stärkungsmittel zugleich



Rein, gegen Hals- und Brustkatarrhe
mit Jodeisen, gegen Skrofulose, Lebertranersatz
mit Kalk, für knochenschwache Kinder
mit Eisen, gegen Bleichsucht, Blutarmut etc.
mit Brom, erprobtes Keuchhustenmittel
mit Glycerophosphaten, gegen Nervosität

Schweizerische Volksbank

ZÜRICH

Besorgung sämtl. kuranter Bankgeschäfte

Beeilen Sie sich!

Am **30. März**

ist die große, amtliche **2. Ziehung** der Lotterie des

Naturheil-Vereins

Zürich

Fr. 500,000.— Total-Trefferbetrag

Lose in Couverts à 2 Stück = Fr. 2.—
Serien à 5 Couverts à 10 Stück = Fr. 10.—

☛ **Bei Ankauf ganzer Serien Gewinn garantiert**

Die Inkassofrist sämtlicher Trefferlose erlischt 6 Monate nach der 3. Ziehung.

Wiederverkäufer hohe Provision.

Handels- und Prämienobligationen-Bank A/G

Löwenstr. 67 (b. Bahnhofplatz) Zürich Telephon Selnau Nr. 57.29



Von Mittwoch 9. bis Dienstag 15. März 1921. Täglich von 2 ½-11 Uhr
Montag und Dienstag von 6 ½ - 11 Uhr.

Ein großer Prachtfilm
4 Akte — Der — 4 Akte

Unglücks-Berg von Chamonix

Ein großartiges hochdramatisches Prachtwerk mit grandiosen hochalpinen Szenerien aus dem Hochtal von Chamonix.

Der Geldkönig

Eine geheimnisvolle Begebenheit in vier Akten

Schicksal eines grossen Sportmannes

In der Hauptrolle William Faversham

Charles Ray

der gegenwärtig beliebteste Filmschauspieler in Amerika in

„Feldblumen"

Komödie in 4 Akten

Mary Pickford

in

Mädchen aus Schottland

Schauspiel in 5 Akten

Und das übrige Programm